

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1928

108 (9.5.1928)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“
Die Musikfunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenchutz

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post
2,80 Mark o. Einschreibgeld 10 Pfennig o. Einschreibgeld 6 mal wöchentlich
vormittags 11 Uhr o. Postkonten 2850 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe
L. 2. Postfach 28 o. Journal 7020 und 7021 o. Postfach-Filiale: Durlach, Westend-
straße 22; Baden-Baden, Friedrichstraße 26; Rastatt, Friedrichstraße; Offenburg, Cangelstraße 28

Nummer 108 Karlsruhe, Mittwoch, den 9. Mai 1928 48. Jahrgang

Der stillgelegte Rhein Vor einer Wirtschaftskatastrophe

Der Rhein, der Verkehrsstrom des Westens, liegt still. Noch Tage und für das rheinische Verkehrsleben beginnt eine stille Die Schiffe stehen, bald werden auch die Räder der Wirt- am Rhein langsam und langsamer lauern und schließlich, der Ausperrungswahn sich völlig hemmungs- und be- raslos ausstößt, dann ebenfalls stillstehen.

Überall zeigt sich in den Städten nach der Ausperrung gleiche Bild. Das Schiff- und Hafenspersonal weigert sich, die Arbeit zu leisten, oder mit Streikbedrohung zu arbeiten, die Entlassung erfolgt. Auch der Verkehr nach den nieder- rheinischen Hafenorten ist so gut wie stillgelegt.

Das gleiche gilt für die Werftstätten der Gute Hoffnung- auch im Kölner Hafen herrscht völlige Ruhe. In Mann- wurde der Vertrauensmann der Hafenarbeiter entlassen, weil megerie, Transporte von Getreide in Wagons vorzu- , das bisher von den Binnenhäfen zu den Mühlen beför- worden war. Daraufhin erklärten sich die Arbeiter mit dem neuen solidarisch und legten die Arbeit nieder. In Mann- haben bereits verschiedene Firmen infolge des Stillstandes Betriebes auf dem Rhein vorübergehend künftigen Ausperrun- gen Arbeiter gekündigt, weil sie binnen kurzem mit einem still an Arbeit rechnen müssen. Das gleiche gilt für verschie- Expediteure. Der Duisburg-Ruhrorter Hafen liegt ebenfalls still. Auch die Räder arbeiten nicht mehr. Mainz liegt in Ruhe dürfte es auch zur Einstellung der Arbeit kommen.

Die Ausperrung und die durch sie zwangsläufig herabbe- zogene Solidaritätsbewegung muß zu einer Verkehrssta- ne führen. Für die meisten Industriezweige kann die Eisen- keine Hilfe bringen, denn der Umschlag von Rotterdam geht in den Binnenhäfen und nicht auf Wagons. Wenn binnen kurzem holländische Schiffe beladen sind, was dann? Der Hütten- steht es an Erz und Koll. Auch auf die Seehäfen muß die Ausperrung der Stillstand am Rhein zurückwirken. Die schiffe und schweizerische Rheinschiffe sind bereits völlig vom Verkehrsstrom getrennt. Vereinzelt keine Häfen, die von der Ausperrung noch nicht ergriffen sind, spielen keine Rolle, Summa summarum: Der Verkehr auf dem Rhein ist tot und bei der Sal- der Arbeiter muß damit gerechnet werden, daß sich die katastrophal verhalten.

Das Unternehmertum der Rheinindustrie will anscheinend die Ausperrung, es will keine Verständigung. So sind auch die Tarif- verhandlungen für den Duisburg-Ruhrorter Hafen, die am Mon- tag stattfinden sollten, abgelehnt worden, weil die Arbeitgeber er- scheinen, sie könnten sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen irgend welchen Verhandlungen nichts versprechen. Für Montag war der Tarif von beiden Seiten gekündigt worden. Auch

hier haben die Arbeitgeber Lohnabbauforderungen — bei den Affordordiensten bis zu 33% Prozent — gestellt. Manche Behör- den haben es anscheinend sehr eilig, sich auf die Seite der Ar- beitgeber zu stellen. Noch vor einigen Tagen klagten die Unter- nehmerorgane, so z. B. die Kölnische Zeitung, daß ein Ende der trostlosen Lage nicht abzusehen sei, da die Ausföhrigen trotz ent- gegenstehender Tatsachen bestimmt mit der Erwerbslosenunter- stützung rechnen. Die Arbeitsämter haben die Rheinreeder schnell beruhigt, und die Unterstützung abgelehnt. Am den Ausperrten die Arbeitslosenunterstützung zu rauben, haben die Arbeitgeber ge- fordert, daß in den Dienstbüchern der Entlassenen ein Passus „aus- getreten wegen Lohnstapel“ aufgenommen wurde. Es handelt sich um eine Braemaltigung. Tatsächlich sind die Kündigungen durch- aus legal erfolgt. Das Arbeitsamt Duisburg hat es sogar fertig gebracht, bereits in Unterstützung stehenden Schiffern die Unter- stützung zu entziehen. Ferner hat der Vorsitzende des Arbeitsge- richts Duisburg eine einstweilige Verfügung erlassen, wonach den Bevollmächtigten des Deutschen Verkehrsverbandes unter Androhung einer Strafe von 1500 M. bzw. 6 Wochen Gefängnis für jeden einzelnen Fall das Streikpostenverbot verboten wird. Als Grund für dieses geradezu unerhörte Vorgehen wird angegeben, daß das Streikpostenverbot zu Beeinträchtigungen in den Häfen führe.

Trotz der Drohung und dem Hunger, trotz Parteinahme der Be- hörden für die Arbeitgeber, steht die Front der Schiffer und Hafens- arbeiter fest und unerschütterlich. Je stärker der Druck, desto eifriger der Widerstand. Immer gewaltiger wird die Kluft zwischen dem Unternehmertum und Arbeiterschaft. Am 20. Mai ist Sabtag.

Berlin, 8. Mai. (Eig. Draht.) Die Kölner Hafens- arbeiter sind am Dienstag vormittag in den Streik getreten, da ihnen ausgemittelt wurde, Streikarbeit zu verrichten. In der Lohnbewer- gung der Hafenarbeiter und der übrigen Arbeiter im Transport- gewerbe kam es am Montag nachmittags zu einem Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von 7 Prozent vorseht.

Die Dresdener Metallschiedsprüche abgelehnt. Am Sonntag hat die sächsische Landesarbeitskommission des Deutschen Metallar- beiterverbandes zu den Berliner Schiedssprüchen Stellung genom- men. In einem ausführlichen Bericht heißt es, dem Vorwärts zufolge: Durch die Schiedsprüche würden zwar die Ungleichheiten in der Behandlung der Lohn- und Affordordiensten beseitigt, ferner sei die Ausgangsfrage für das Tarifgebiet mit der sächsischen Me- tallindustrie und dem des Arbeitgebersverbandes herbeige- führt, trotzdem sei die Annahme der Schiedsprüche nicht mög- lich. Die Dresdener Funktionäre, die am Montag früh einen Be- richt des Dresdener Verbandsvorsitzenden Köllner entgegennahm, beschloßen ebenfalls einmütig, den Spruch abzulehnen.

Deutsches Kinderelend Kinderelend — Panzerkreuzer — bürgerliche Parteien

Nach viel zu wenig bekannt ist das grenzenlose Kinderelend in Deutschland, das jeden erschüttern muß, der es aus der Nähe ge- schar. Der Bürgerblock kümmerte sich nicht darum, und wenn er für hunderte Proletarierkinder etwas zu tun, erklärte die Zeitung, daß kein Geld da sei. Der Bürgerblock hatte an- dere Sorgen, die erste Rate für den Bau eines riesigen Panzerkreuzers bewilligen, der insgesamt 80 Millionen Mark kosten sollte. Er mußte für die Reichswehr 700 Millionen Mark in den nächsten Jahren und den Rüstungsindustrien 715 Millionen Mark in den nächsten Jahren. Aber die von der Sozialdemokratie beantrag- ten 10 Millionen Mark für Kindererziehung wurden abgelehnt. Das geschah, obwohl die Regierung und die Parteien des Bür- gertums genau wußten, wie schlimm es um den Ernährungs- und Gesundheitszustand der Schulkinder steht. Selbst der deutschnatio- nale Reichsminister v. Reubell mußte in seiner Denkschrift, die er im Januar 1928 dem Reichstag überreichte, feststellen, daß in einigen Bezirken dadurch, daß die Schulkindererziehungen vernachlässigt werden, als im Vorjahr durchgeföhrt wurden, ein Rückgang im Ernährungszustand der Kinder eingetreten sei. Überdies mußte vom Reichsgesundheitsamt eine eingehende Feststellung gemacht werden. An einem Stichtag wurde in 41 Prozent der Kinder ohne warmes Frühstück zur Schule ge- schickt und für 25 Prozent der Kinder nach Schulschluss kein warmes Mittagessen bereitgestellt.

Dazu kommt noch, daß die Schulkinder unter dem entsetzlichen Hunger und schwer zu leiden haben, und dadurch in ihrer Ent- wicklung in hohem Maße ungünstig beeinträchtigt werden. Nach dem Reichsminister Statistik ist ein großer Teil der Wohnhäuser, in denen Schulkinder hausen, überfüllt, und zwar:

- 14,4 Prozent der zweiräumigen Wohnungen,
- 22,4 Prozent der dreiräumigen Wohnungen,
- 16,5 Prozent der vier- bis sechsräumigen Wohnungen.

Die wirtschaftliche Not der Eltern zwingt oftmals zur Kinder- elend, weil mehr, als in der Öffentlichkeit bekannt ist, werden die Schulkinder zur Erwerbsarbeit herangezogen. In Mann- heim wurde festgestellt, daß von 10.000 Schulkindern der 3. bis 6. Klasse 1.200 erwerbsfrei waren, 1.132 im Haushalt beschäftigt waren, 1.200 mit Außerer beschäftigt waren, 100 in der Landwirtschaft beschäftigt waren.

274 in der Hausindustrie beschäftigt waren, 109 in der Wirtschaft beschäftigt waren, 46 im Theaterberuf beschäftigt waren, 28 im Musikberuf beschäftigt waren.

Die Kinder einer Bremer Versuchsschule haben mit Heim- arbeiterkindern aus Thüringen einen Briefwechsel geführt, und die kindlichen Briefe, die arbeitslose Eltern erhalten, sind ge- radezu erschütternd.

Ein paar Stellen aus diesen Kinderbriefen mögen hier Platz finden: Ein kleiner Spielwarenarbeiterjunge aus Koblenz schreibt: „Bei dieser Industriearbeit muß nun alles, was zur Familie gehört, mithelfen, damit ein paar Pfennige verdient werden. Da hilft Großmutter und der Großvater, die Mutter und der Vater und alle Kinder.“

Der kleine Karl ergänzt diesen Bericht: „Wir sind in unserer Klasse 27 Mann, darunter 21 in der Industrie tätig!“

Ein kleiner Glasarbeiterjunge, der beim Anfertigen von Christ- baumzweigen hilft, schildert den Bergang der Arbeit und schreibt dann: „Nun werden die Glasfugeln in Kartons gelegt, die Liefer- zung ist fix und fertig und wird fortgeschickt. Soll am Samstag geliefert werden, so muß am Freitag bis spät in die Nacht hinein gearbeitet werden. So fallen uns Kinder manchmal die Augen aus, denn groß und klein muß mithelfen, um die Ware fertigzu- machen.“

Zu dieser Ueberanstrengung der Kinder muß man sich denn die unzulässige Ernährungsweise der Heimarbeiter vorstellen. Es gibt einen alten Heimarbeiterbericht, der lautet:

Kartoffeln in der Früh,
des Mittags in der Früh,
des Abends mit dem Kleid,
Kartoffeln bis in die Nacht!

Was hat der Bürgerblock gegen dieses Kinderelend getan? Er hat die von der Sozialdemokratie beantragten 5 Millionen Mark für Kindererziehung abgelehnt und dafür Millionenbeträge für Panzer- kreuzer verpulvert!

Es geht am 20. Mai nicht nur um die großen Fragen der Innen- und Außenpolitik, es geht auch um euer eigenes Schick- sal, und es geht vor allem um das Schicksal eurer Kinder! Darum jede Stimme am 20. Mai für die

Russische Anschuldigungen gegen Krupp und AEG

Die Sowjetregierung teilt amtlich mit, daß von den 55 in die Donauverwerfungen Angeklagten mehrere die Zugehörigkeit zu einer gegenrevolutionären Organisation einstanden haben. Diese soll von Krupp und der AEG finanziert worden sein. Von der AEG wird behauptet, daß die unter Leitung von Direktor Weimann stehende russische Abteilung dieser Gesellschaft die Verbindung zwischen den Berühmten im Schachtinschicht des Donesbeckens und ihren Verbündeten im Ausland hergestellt habe. Des weiteren wird erklärt, daß die deutschen Ingenieure Otto und Nezer mit den Instruktionen nach Rußland gekommen seien, den Kohlengruben und maschinellen Anlagen möglichen Schaden zuzufügen.

Die Direktion der AEG, bezeichnet diese Behauptung als eine „alte Erfindung“.

Berlin, 9. Mai (Rundfunk). In der Moskauer Anklageschrift wird die Annahme von Schmiergeldern als Beweis wirtschaftlicher Sabotage bezeichnet und die Behauptung aufgestellt, diese Summen seien gezahlt worden, um unnütze oder ungeeignete Maschinen zu bestellen, um dadurch die Betriebe zu schädigen. Es wird gesagt die Firma Krupp in Wanne habe unbrauchbare Kohlschneidemaschinen geliefert, über deren Kauf der Ingenieur Gortseki verhandelt habe, obwohl die Unbrauchbarkeit dieser Fabrikate für die Zwecke der Donaruben feststünde. Der Monteur, der die Aufstel- lung der Maschinen befehligt habe, der Anklage Sachkieber, habe angegeben, daß er auf Anordnung seines Chefs Seybold Belte- schungsgelder an den Leiter des Schachts gegeben habe, in dem die Maschine zur Aufstellung kommen sollte.

Die bolschewistische Presse, so schreibt uns dazu der SPD, gibt die „amtlichen Feststellungen“ ihrer Regierung natürlich stolz und freudig wieder. Was brauchen sie wahr zu sein? Es liegt eben im Grunde so, daß die Demagogie der kommunistischen Parteiführer Rußlands stärker ist als die staatliche Vernunft, das Politbüro stärker als das Volkskommissariat des Auswärtigen. Der große außenpolitische Fehler der Verbannung der deutschen Ingenieure in Rußland ist nicht wieder auf zu machen. Die Schädigung entsprang derselben Wurzel wie die ständig falsche feindliche Haltung der russischen Presse gegenüber Deutschland. So arbeitet man in Ruß- land selbst auf das hin, was man den anderen als ständig böse Absicht vorwirft, auf die fortschreitende Isolierung Rußlands.

Japanischer Vormarsch in China Ultimatum und Entschädigungsforderungen

Die japanischen Truppen haben die Eisenbahnlinie Tsinanfu besetzt und diesen Schritt mit einem offiziellen Manifest des In- halts begleitet, daß der Angriff der nationalistischen Truppen sie zu Offensivmaßnahmen zwinge. Die Japaner haben außerdem an den Oberkommandierenden der chinesischen Truppen ein Ultimatum geschickt, in welchem die sofortige Räumung von Tsinanfu gefordert wird. Gleichzeitig hat der japanische kommandierende General in Tsinanfu den chinesischen Behörden der Stadt die Forderung über- reicht, die chinesischen Truppen sofort auf eine Entfernung von 40 Kilometer von der japanischen Siedlung zurückzuziehen. Diese Forderung wurde verbunden mit einem Anspruch auf materielle Entschädigungen für die japanischen Staatsbürger zugewandten Schäden.

Das japanische Kabinett hat im übrigen beschlossen, ein drit- tes Truppenkontingent nach China zu entsenden. Eine weitere japanische Division soll mit größter Beschleunigung auf die volle Kriegsstärke von 15.000 Mann ergänzt werden, die nach China ab- gehen sollen. Meldungen aus China belegen, daß mit einer Offensivverwendung dieser Truppen im Falle der japanisch-chinesi- schen Kämpfe gerechnet wird.

Carol dampft ab

London, 8. Mai. Prinz Carol wird infolge der Auswei- chung, wie man zu wissen glaubt, England in ein oder zwei Tagen verlassen.

Stillstand des Bauernmarsches in Rumänien

Berlin, 9. Mai (Rundfunk). Der Marsch der rumänischen Bauern gegen Bukarest scheint nach Meldungen aus Karlsburg zum Stillstand gekommen zu sein. Die Bauern haben sich in der Um- gebung von Karlsburg niedergelassen, wo sie ständig von großen Abteilungen Gendarmerie begleitet werden. Die Regierung nimmt an, daß die Bauern allmählich ermüdet, ihren Plan nach Bukarest zu marschieren, aufgeben, und sich zerstreuen werden. Nach einem Telegramm aus Bukarest hat die Führung der nationalen Bauernpartei beschlossen, alle Beziehungen zur Regierung abzu- brechen.

Lassalle-Denkmal in Wien

Im 21. Wiener Gemeindebezirk fand die Enthüllung eines Lassalle-Denkmal statt. Viele Tausende, unter ihnen alle Führer der Sozialdemokratischen Partei, wohnten der Feier bei. Die Mittel zur Errichtung dieses Denkmals hat die Wiener Arbeiterschaft aufgebracht. Der Bildhauer Petrucci, ein italienischer Emigrant, hat es geschaffen. Das Denkmal — eine hohe Steinpyramide, auf deren Spitze der Bronzeloß Lassalles ruht — erhebt sich vor einem der riesigen Wohnhäuser, welche die Gemeinde Wien errichtet hat.

Rußland fordert Sicherungsmassnahmen von Polen

In einer zweiten Note der Sowjetregierung an Polen fordert der russische Außenminister Tschitscherin energische Maßnahmen von Polen zwecks Sicherung der amtlichen Sowjetvertretungen und er- sucht, der russischen Regierung bald hierüber Mitteilung zu machen.

Der Präsident von Venezuela ermordet

WTB. Neussorf, 8. Mai. Hier ist das Gerücht verbreitet, daß Präsident Gomez von Venezuela ermordet worden sei. Eine Be- stätigung steht noch aus.

Seite 1

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, den 9. Mai 1928.

Geschichtskalender

9. Mai: 1805 Friedrich Schiller. — 1858 F. D. Spieß, Begründer des Schulturnens. — 1864 Sozialist Wilhelm Wolff. — 1870 *Maler Hans Saluschef. — 1876 *Schriftsteller Ernsthardt. — 1919 Aufruf der Sozialdemokratie gegen Friedensbedingungen. — 1926 Nordostflug Nord.

Schulgelderhöhung an den Karlsruher höheren Schulen und § 146 I der Reichsverfassung

Mit Beginn des Schuljahres 1928/29 wurde in den Karlsruher höheren Lehranstalten das Schulgeld von jährlich 120 auf 150 M. erhöht. Diese Erhöhung bedeutet, daß es fernerhin noch weniger Eltern aus den wirtschaftlich schwächeren Kreisen möglich sein wird, ihre Kinder in diese Unterichtsanstalten zu schicken. Kommen doch zu diesem hohen Schulgeld noch namhafte Beträge für Lernmittel (Bücher, Hefte und dergleichen).

Die Erhöhung des Betrages für Schulgeldbefreiungen gleicht diese Härte nicht aus, da immerhin nur eine begrenzte Summe hierzu zur Verfügung steht. Da auf diese Weise die Kinder ärmerer Volksschichten automatisch von dem Besuch der Mittelschule ausgeschlossen werden, wird die Mittelschulbildung wieder vollkommen das, was sie schon früher war, ein Privileg für die Besitzenden. Der § 146 I der Reichsverfassung, der sagt, daß für die Aufnahme eines Kindes in eine höhere Schule keine Anlagen und keine Leistung maßgebend sein sollen und nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse seiner Eltern, wird dadurch bedeutungslos.

Die Kinder gutsituerter Eltern gehen nach wie vor in die höhere Schule —, ob dieselben Anlagen oder Neigung haben, findet keine Beachtung, wie die Erfahrung lehrt. Ist doch auch in der Volksschule — mit Ausnahme der Grundschule — kein einziges Kind der sogenannten besseren Kreise. Abgesehen von der barbarischen Härte, die der Besuch einer Mittelschule für unbegabte Kinder bedeutet, werden durch den großen Zubrang zur höheren Lehranstalt die Kosten für lehrere — in räumlicher und personeller Hinsicht — ganz wesentlich erhöht, ohne daß der Erfolg auch nur entfernt den aufgewendeten Kosten und dem Verbrauch an Kraft und Zeit entspricht. Es liegt darin auch ein Unrecht gegenüber der Allgemeinheit, die doch die Mittel für die höheren Schulen ebenfalls aufbringen muß.

Der von den höheren Lehranstalten oft beklagte Zustand, daß ungeeignete Schüler die Arbeit der Schule hemmen und durch den starken Zustrom die Unterrichtsstunden überfüllt sind, sollte mehr Beachtung finden.

Durch erhöhtes Schulgeld die entstehenden Mehrkosten vermindern oder den Zubrang dadurch eindämmen zu wollen, halte ich für ungeeignet. Der beste Weg zur Entlastung der Mittelschule ist der Ausbau der Volksschule, um alle jene Schüler zu erziehen, die von vornherein die höhere Schule gar nicht durchlaufen wollen, oder auch die Kraft nicht haben, in den oberen Klassen mitzukommen. Es müßte für die Aufnahme in die höheren Lehranstalten ein schärferes Ausleseverfahren stattfinden, durch das ungeeignete Schüler ferngehalten werden; auch wenn sie den besseren Kreisen entstammen. Die Auslese sollte nicht nur einzig und allein durch die höhere Schule auf Grund einer Aufnahmeprüfung erfolgen; ein zuverlässiger Maßstab wäre zweifellos das Gutachten der Grundschule. In anderen Ländern sind Ausleseauschüsse aus Vertretern der Grundschule und den höheren Schulen gebildet; auch dienen experimentelle Prüfungsmethoden als Ergänzung.

Werden dazu noch die Anforderungen an die schulische Vorbildung vieler Berufe auf das wirklich erforderliche und sachlich berechtigte Maß herabgesetzt und dann die Volksschule so ausgebaut, daß von ihr aus wieder die früher von Volksschülern innegehabten Stellen erlangt werden können, so wird eine Entlastung der Mittelschule eintreten und die Leistungsfähigkeit erhöht. Verringerung der Schülerzahl bedeutet Kostenverringerung. Die Erhöhung des Schulgeldes wirkt ungerecht, da sie den Armen trifft, den Bildungswillen der Massen hemmt, den Geldbeutel des Reichen wenig berührt.

Ein Wahlshmarren des Bad. Beobachters

Die Wahl macht dem Zentrum recht große Schmerzen, denn seine Koalition mit den Deutschnationalen hat ihm keine Ernte eingebracht. Es bedarf in Anbetracht dessen aller Anstrengungen, um die bisherigen Wähler bei der Stange zu halten. Alles wird auch versucht, die Zentrumsleute nach bekannter Art etwas zum Kochen zu bringen. Daß die Religion im allgemeinen wieder einmal in Gefahr ist, sagt das Zentrum bei jeder Wahl. Und selbst Kleinigkeiten sind gerade gut genug, um sie als eine fürchterliche Gefahr für das Christentum hinzustellen.

Dieser Tendenz entspricht auch ein Artikel in der gestrigen Nummer des Bad. Beobachters über einen Fall in einer Mühlburger Schule, wonach ein Lehrer bei Schulbeginn nicht beten ließ und auf eine Reklamation einer Schülerin die Antwort gab, daß dies bei ihm nicht üblich sei und er auch ohne Gebet glücklich wäre. Das Zentrumsblatt knüpft daran die Bemerkung, daß dies wieder einmal ein Schlaglicht auf die Simultanische sei, und daß eben die Simultanische zu einem Zweipakt führe. Trotzdem wolle der Liberalismus und die Sozialdemokratie nicht einmal zulassen, daß die Eltern, die eine etwas andere Auffassung von der Erziehung in der Schule haben, bei uns von dem in der Reichsverfassung garantierten Recht Gebrauch machen dürfen, für ihre Kinder eine Schulform zu fordern, die derartige für eine ernst christliche Erziehung unter Umständen tödlichen Konflikte unmöglich mache.

Also die Simultanische taugt nichts und als Beweis dafür muß auch dieser Fall herhalten. In Wirklichkeit eine sehr maerere Sache. Hätte sich nämlich der Beobachter der Mühe unterzogen, zu unteruchen, ob der Lehrer sich nicht gegen die Schulordnung verstoßen habe, so hätte er herausfinden müssen, daß die Schulordnung vorschreibt, daß der Unterricht mit einem Gebet oder religiösem Lied beginnen muß. Also das Schulsystem ist nicht schuld und deshalb ist der Angriff des Zentrumsblattes auf dieses System ein Schlag ins Wasser. Selbst wenn der Fall sich so zugetragen hat, wie ihn der Beobachter schildert — die Unteruchung über die Richtigkeit dürfte das Stadtschulamt schon vornehmen — ist die Verbindung des ganzen Systems der Simultanische, wie es der Beobachter sich erlaubt, eine Unverfrorenheit und eine Wahldegenie tönender gleichen.

Wir müssen uns auch dagegen wenden, daß dieser Fall gerade gut genug ist, der Sozialdemokratie so quasi Religionsfeindlichkeit vorzuwerfen. Unsere Partei hat mit der ganzen Sache gar nichts zu tun, auch dann nicht, wenn der Lehrer — wie der Beobachter schreibt — der Sozialdemokratie angehört. Der Lehrer hat nicht im Auftrag der Sozialdemokratie gehandelt, sondern als Lehrer

und er ist nach seiner persönlichen Auffassung verfahren. Was soll es mithin heißen, die sozialdemokratische Partei in die Sache hineinzuziehen? Solche Methoden dürfte der Beobachter getrost den kleinen Zentrumshebeln überlassen, selbst auf die Gefahr hin, daß er um einen Wahlshmarren ärmer wäre.

Im übrigen ist gerade Mühlburg nicht der richtige Ort, um diesen Fall zum Anlaß einer Entrüstung in aller Öffentlichkeit zu nehmen. In Mühlburg hat sich vor nicht allzu langer Zeit doch auch etwas zugetragen, das mit der christlichen Lehre in stärkstem Widerspruch steht und wobei nicht etwa ein Sozialdemokrat, sondern eine mit dem Zentrum und der kathol. Kirche doch sehr eng verbundene Persönlichkeit in Frage kam. Es fiel uns aber gar nicht ein, den Fall zu benützen, um gegen den ganzen Stand der betreffenden Person oder gegen die katholische Kirche oder gegen das Zentrum auszuspielen oder diese Organisationen damit in Verbindung zu bringen. Aber dem Beobachter bleibt es vorbehalten, den Fall in der Mühlburger Schule, der ja eine Bagatellesache ist gegenüber dem vorhin angeführten Vorkommnis, zu benützen, um gegen das System der Simultanische vorzugehen und der Sozialdemokratie eines auszuweichen. Aber es sind eben Wahle!

Wählerversammlung in Mühlburg

Samstag, den 12. Mai 1928, abends 8 Uhr findet im Gasthaus „Hirsch“, Hardtstr. eine öffentliche Wählerversammlung statt. Referent: Genosse Ober-Regierungsrat Herz u. Genossin Frau Stadträtin Müller. Genossinnen, Genossen und Volksfreunde! sorgt für einen Massenbesuch der Versammlung

Gasthaus zum „Hirsch“, Hardtstraße

Selbsthilfe badischer Kriegsblinder e. V.

Die Selbsthilfe badischer Kriegsblinder e. V. hielt am Sonntag hier ihre Mitgliederversammlung unter dem Vorsitz des Kriegsblinden Hauptlehrers Vöhlke ab. Aus dem Geschäftsbericht über das Jahr 1927 ist zu entnehmen: Die Zahl der unterstützten Mitglieder beträgt etwa 950 und hat sich im abgelaufenen Jahre um rund 150 erhöht. Von einer Werbung unterstützender Mitglieder in größerem Umfange wurde mit Rücksicht auf die Warennotlage Abstand genommen. Die Beiträge unterstützender Mitglieder beliefen sich auf 4073 RM. Die Kasse wurde lautungsgemäß zweimal geprüft und in Ordnung befunden. An Darlehen wurden insgesamt 7450, an Beihilfen 5008 und an Erholungsbeihilfen 630 RM. bewilligt. Die Witwen Verstorbener Kameraden erhielten jedes Vierteljahr eine Beihilfe von 20 bis 25 RM. Die gesamten Beihilfen betragen 5638 RM. Die Darlehen waren unverzinslich und konnten in bequemen Ratenzahlungen zurückbezahlt werden. Es ist mit Verdringung festzustellen, daß die Rückzahlungen im ersten und ganzen rechenmäßig einlangen. Aus dem Jahresbericht und dem Rechnungsbericht ergibt sich, wie legernd und notwendig die Selbsthilfe ist. Die Notwendigkeit der Selbsthilfe wird in Zukunft noch vielmehr in Erscheinung treten.

Bezirksratsitzung

am 8. Mai 1928

a) Verwaltungsergänzliche Sachen. Verschiedene Steuer- und Fürsorgefälle wurden erledigt.

b) Verwaltungssachen: Gesuch des Emil Wagner, Karlsruhe, um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank zum Schützenhaus in dem Hause Schloßbezirk 19, sowie das Gesuch des Otto Fritterer, Karlsruhe, um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank zum Löwentanzen hier, Kaiserpfalz, wird die Genehmigung erteilt. Das Gesuch des Fußballclubs Phönix e. V. in Karlsruhe um Erlaubnis zum Betrieb einer Schankwirtschaft mit Branntweinschank auf dem Sportplatz (Phönixstadion) im Wildpark wird abgelehnt. Das Gesuch des Wegegers Jakob Glufsch in Weßlingeneut um Erlaubnis zum Betrieb der Gastwirtschaft zum Adler in Weßlingeneut wird genehmigt. Die Festsetzung der Entschädigung für eine auf polizeiliche Anordnung wegen Tuberkulose getötete Kuh des Veruchts- und Verbrauchs Forstheim wurde auf der Grundlage von 500 M. festgelegt. Das Gesuch des Messers W. Hartmann in Spick um Verleihung der Befugnis zur Anfertigung von Verhingen im Metzgergewerbe, sowie das Gesuch des Hermann Hoffmann, Dinsl. in Karlsruhe, Sofienstraße 166, um Verleihung der Befugnis zur Anfertigung von Verhingen wird die Genehmigung erteilt.

Die Festsetzung des Ortsbauans von Wulach wurde nach Maßgabe der §§ 3 und 5 des Ortsstraßengesetzes für festgesetzt erklärt. Die erhobenen Einprüche werden als unbeantragt zurückgewiesen. — Eine große Anzahl Einsprüche, darunter auch die Reichseisenbahn, der ganze Gemeinderat von Wulach sowie einige Sachverständige waren zu dieser Sache erschienen. Recht eindrucksvoll verteidigte der Bürgermeister von Wulach den Ortsbauansplan, der von Herrn Oberbaudirektor Bronner als Vertreter der Stadt aus beste unterstützt wurde. Die Beifugung seitens dann obengenanntes Resultat. Die Einsprüche der Reichsbahn wurde auch deshalb zurückgewiesen, da diese keinerlei direkte Pläne vorlegte zur Ausnutzung des Geländes für ihre Zwecke, während auf der anderen Seite der vorgelegte Ortsbauansplan als im öffentlichen Interesse der Gemeinde Wulach liegt.

In der nichtöffentlichen Sitzung wurde die Ernennung der Wahlvorsteher und die Abgrenzung der Stimmbezirke zur Reichstagswahl 1928 vorgenommen.

„Es nützt ja doch nichts“

Es nützt ja doch nichts, daß wir am 20. Mai zur Wahlur ne gehen. Es nützt ja doch nichts, daß wir unsere politischen Rechte gebrauchen.

Wissen diejenigen, die so reden, welchen Anfinn sie von sich geben?

Wir wollen nicht davon reden, was sich gegen die Vorkriegszeit in der Rechtsstellung des Arbeiters im Staate geändert hat. Die Sozialdemokratie hat in den zehn Jahren seit der Revolution nur die kürzeste Zeit durch Teilnahme an der Regierung direkten Einfluß auf die Besserung der Verhältnisse gehabt. Was war das Ergebnis?

Nur ein paar Tatiachen aus der Zeit des Bürgerkriegs: Obwohl der Bürgerkrieg infolge der schlechten Wahlen am 7. Dezember 1924 die Macht hatte und herrschen konnte, ohne auf irgend eine Partei Rücksicht zu nehmen, hat die Sozialdemokratie wesentliches durchgeleitet. Im Arbeitsrecht wurde die Schaffung der Arbeitsgerichte so gestaltet, daß künftig bei allen Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis Arbeiter und Angestellte selbst als Richter mitwirken haben. Das ist ein gewaltiger sozialer Fortschritt. Er wurde erkmänt gegen die Einheitsfront von Deutschnationalen und Kommunisten.

Für die Invaliden hat die Sozialdemokratie in unermüdlicher Arbeit eine, wenn auch völlig unzulängliche, Erhöhung durchgeleitet. Dezember 1924 betrug die Invalidenrente noch 14 M. monatlich. Oben den Druck der Sozialdemokratie wäre auch die kümmerliche Aufbesserung der Invalidenrente bei der Neugestaltung des Ge-

setes nicht gekommen. „Wir können doch wegen der Invalidenten keine Regierungskrisis herbeiführen“, war die klassische Antwort des Zentrumsabgeordneten Andra auf die sozialdemokratische Forderung — Besserstellung der Invaliden.

Für die Angestelltenchaft, die infolge der weitgehenden Enttarnisierung und der unter ihnen herrschenden Arbeitslosigkeit erhöhte sozialen Schutzes bedarf, hat allein die Sozialdemokratie wichtige Sicherungen durchgeleitet. Zur Linderung der Not der Angestellten hat sie den entscheidenden Kündigungsschutz erkmänt. Die Einbeziehung aller Angestellten in die Erwerbslosenversicherung ist ihr Werk und ihr Verdienst.

Angesamt hat sie erreicht, daß die sozialen Leistungen gegenüber 1913 nahezu verdoppelt haben.

Und wer hat den Arbeitslosen geholfen? Was davon zu sagen, daß die Sozialdemokratie es war, die die Unterstützung der Kurzarbeiter durchgeleitet hat, die Verlängerung der Erwerbslosenunterstützung auf 52 Wochen sowie die Krisenunterstützung, die sie hat, ist es ihr Verdienst, daß die Erwerbslosenunterstützung immer wieder erhöht wurden, daß die Arbeitslosenversicherung im Interesse der Arbeiter und nicht der Unternehmer aufgestellt wurde.

Sie erreichte dabei, daß die Bedürftigkeitsprüfung beseitigt wurde. Sie erreichte, daß die Unterstützungsätze gegenüber der Regierungsvorlage erheblich verbessert wurden. Ein Beispiel: Die Regierungsvorlage sah vor bei einem Wochenlohn bis zu 14 M. eine Unterstützung von 5.40 M. Die Sozialdemokratie gestattete Geleit so, daß jetzt bei einem Wochenlohn von 10—14 M. 7 M. Dauerunterstützung gezahlt werden. Sie erreichte ferner höhere Löhne mit höheren Unterstüzungen verbunden wurden. Regierungsvorlage wollte alle Lohnempfänger über 42 M. 14.70 M. Dauerunterstützung abfinden. Die Sozialdemokratie die oberste Grenze der Unterstüzungsätze auf 22.50 M. herabsetzte.

Und wer hat den Arbeitslosen Arbeit verschafft? Die Sozialdemokratie war es, die zu allererst für eine großzügige Arbeitsbeschaffung getätigt hat, um durch Inanspruchnahme öffentlicher Arbeiten und planmäßige Vergabe öffentlicher Aufträge eine Erhöhung des Beschäftigungsgrades zu erzielen.

Diese paar Tatiachen sind eine glatte Überlegung der Sozialdemokratie? Sie hätte erreicht werden können, wenn die Sozialdemokratie stärker gewesen wäre?

Die Förderung des Wohnungsbaues mit öffentlicher Unterstützung und durch Aufnahme von Auslandsanleihen würde Hunderttausenden Kredit und Erlösung von der Wohnungsnot schaffen. Werdert sie? Die Sozialdemokratie! Und wer aber leidet hier den erbittertsten Parteien.

Eine Vertiefung der Zölle würde die Ausfuhr der deutschen Ausfuhrindustrie gewaltig steigern, und damit unübersehbar Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Wer aber leistet hier den erbittertsten Widerstand?

Die Unternehmer, die Junker, die Großkaatier und ihre politischen Anwälte.

Es würde sehr viel nützen, wenn endlich die Mühen und Mühsaligen sich dazu entschließen würden, ihre Pflicht zu tun.

Die Sozialdemokratie braucht nur eines: endlich einmal zu handeln und zu tun, was im Interesse der arbeitenden Massen durch politische Arbeit wirklich erreicht werden kann.

Die Ausstellung „Die Pfalz“

vom 1. bis 15. Juli in der Karlsruher Ausstellungshalle

Die einleitenden Schritte der Werbung für die Ausstellung „Die Pfalz“ in Karlsruhe sind getan, und man kann sagen, haben Erfolg gehabt. Die Anmeldungen wurden immer mehr, und heute kann man sagen: Die Ausstellung ist gesichert, das überall geseigte große Interesse läßt lebhafteste Beteiligung erwarten. Selbst die Baden entferntere Kreise werden sich nicht fehlen und wird sich in den Dienst der Idee des großen Aufstretens der Pfalz in der Karlsruher Ausstellungshalle stellen.

Naturngemäß läßt sich heute bei der Fülle des zur Verfügung stehenden Ausstellungsmaterials ein endgültiger Überblick noch nicht gewinnen, immer neue Gedanken und Pläne sind zu prüfen, die Gliederung der Ausstellung in ihren großen Abteilungen: Pfälzer Verkehrswege, Pfälzer Landschaft, Pfälzer Gewerbe, Pfälzer Industrie und Pfälzer Weinbau. Zahlreiche sind imstande, die große Aufgabe, die Ausstellung „Die Pfalz“ in der Ausstellungshalle der Stadt Karlsruhe zu einem großen Verkehrs- und wirtschaftspolitischen Ereignis zu gestalten, und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Pfalz und Baden weiter fördert und festigt.

(-) Zum Brand bei Post u. Bettler, über den gestern berichtet wurde, wird uns von der Post u. Bettler e. V. noch gemeldet: Bei Anknüpfung des Schloßhofes stand der östliche Teil des Erdgeschosses in Flammen. Die beiden darüber liegenden Stockwerke, die ebenfalls zum Feuerherd getrennt waren, bestanden Gefahr, daß sich das Feuer bald es durch Zerstörung von Fenstern und Türen Luft zu schnel auf die oberen Stockwerke ausbreiten würde. Es wurde sofort der zweite Alarmschlag alarmiert. Es gelang den Löschangriff so schnell und in ausreichender Stärke durchzuführen, daß das Feuer im ersten Angriff überannt wurde, in wenigen Minuten gelöscht war, obwohl, wie sich später ausstellte, es sich bereits in das nächsthöhere Stockwerk ausgebreitet hatte. Der zweite Alarmschlag konnte nach Eintreffen sofort wieder abriden; die Stadtfeuerwehr hielt die Feuerwehre noch bis gegen 1.30 Uhr an der Brandstelle zurück.

(-) Neue Lohnsätze im Handels-, Transport- und Frachtwesen. Für den Groß- und Einzelhandel sowie das Frachtwesen und Verkehrsgerichte sind neue Lohnsätze abgeschlossen worden. Diese sind im Büro des Deutschen Verkehrsverbundes, Schützenstraße 11, gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches zu haben. Gleiche trifft auf die Kraftfahrer, sowie Hausangestellte, Polier- und Putzfrauen zu.

(-) Flusstag Karlsruhe — Die Weltnummer des Karlsruher Dampfer. Was die Presse in Holland nach dem Internationalen Flusstag über den am Sonntag auf dem Karlsruher Flusstag gastierenden Luftkutschwagen Dampfer Dimpfel berichtet, ist fast alles an Sensation durch den Flusstag und an einem unter dem Flusstag hängenden Franes Dimpfel aufzuführen, die schon im Circus zu den Sensationen gehören können. Die Flusstage sind an den Bühnen und entledigt sich in der Festung bis auf schwarze Leibtrifol, während des Flusstages fester noch vierstündiger Tätigkeit wieder ins Flusstag eintritt. Die Flusstage sind die Zuschauer zu, die unten um sein benannt. Höher kann man Sensation nicht mehr steigern. Interessant werden die Kunstflüge des früheren Oberleiters der Dampfer Richard J. Kern werden. Das unser Karlsruher Dampfer Dimpfel sich einem Meister des Kunstfluges hat, werden die auf hoher Stufe stehenden Kunstflüge, die von Pilot Kern mit stehendem Motor ausführt, bewundernswürdig und an einem unter dem Flusstag hängenden Franes Dimpfel Unterstützung mitwirkt und die Preise vollständig bis zu 100000 Mark erhalten sind, wird jeder Karlsruher sich den genauen Bericht mittag nicht nehmen lassen. (Siehe Inserat.)

Wasserstand des Rheins

Schulterinsel 163, aef. 5; Rehl 285, aef. 5; Marau 454; Rehl 342, aef. 7 3im.

